



**Arbeitsmarkt:**  
Das meinen die Parteien zu  
wesentlichen Forderungen der IG Metall



## Arbeitsmarkt:

### Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €</b>	Verpflichtung der Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag; regionale/ sektorale Differenzierungen möglich. 	Einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. 	Kein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn. 	Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 €, weitere Steigerung auf mindestens 12 €. 	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. 
<b>Leiharbeit verhindern und eindämmen: Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Gleiches Geld, Begrenzung Verleihdauer, Synchronisationsverbot, Ausbau Mitbestimmung.</b>	Festhalten an Abweichmöglichkeit von Equal-Pay durch Tarifvertrag; ggf. Prüfung von Handlungsbedarf 	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; Synchronisationsverbot wieder einführen; Ausbau der Mitbestimmung des Betriebsrates 	Kein Handlungsbedarf. 	Langfristig ein Verbot der Leiharbeit, bis dahin: Equal Pay, Flexibilitätszulage von 10%, Begrenzung der Verweildauer auf wenige Monate, Synchronisationsverbot. 	Mindestens die gleiche Entlohnung wie Stammbeschäftigte; Flexibilitätsbonus; gleiche Rechte ab dem ersten Tag 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



## Arbeitsmarkt:

### Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>die Abschaffung sachgrundloser Befristungen.</b>	Einschränkung befristeter Beschäftigung. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 
<b>die Abschaffung des Sonderstatus der Minijobs.</b>	Festhalten am Sonderstatus der Minijobs. 	Umgehung des Arbeitsrechts bei Minijobs ausschließen und soziale Absicherung verbessern. 	Festhalten an Minijobs in der jetzigen Form. 	Volle Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab der ersten Stunde. 	Begrenzung Anzahl Minijobber pro Betrieb, Stundenobergrenze, Gleichbehandlung. Einstieg in Reform der Sozialversicherungspflicht. 
<b>die stärkere Ausrichtung auf nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit.</b>	Frühzeitige Aktivierung Arbeitsloser und schnellstmögliche Integration in den 1. Arbeitsmarkt. 	Vorrangig: sozialversicherungspflichtige, gute Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt, bessere Betreuung Arbeitsloser 	Verbesserung des Fallmanagements und des Betreuungsschlüssels. 	Rechtskreisübergreifende Stärkung der Vermittlung in gute Arbeit und nachhaltige Maßnahmen; Rechtsansprüche für Arbeitslose auf Fördermaßnahmen. 	Verbesserung der Weiterbildung für Arbeitslose; Wahlrecht für Arbeitslose bei Maßnahmen. 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



## Arbeitsmarkt:

### Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf bis zu 36 Monate.</b>	Diese Verlängerung wird von der Union nicht befürwortet. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 	Diese Verlängerung wird von der FDP nicht befürwortet. 	Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Umfang unklar. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 
<b>die Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre.</b>	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Arbeitslosengeld, wenn mind. vier Monate innerhalb von zwei Jahren Beiträge gezahlt wurden. Anspruch steigt mit der Dauer der Beitragszahlung. 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



## Arbeitsmarkt:

### Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<b>bedarfsgerechte und existenzsichernde Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie die Abschaffung von Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger.</b>	Es wird kein Veränderungsbedarf der derzeitigen Regelung gesehen. 	Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Keine Abschaffung oder Aussetzung von Sanktionen vorgesehen. 	Schrittweise Einführung eines liberalen Bürgergeldes (Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen); keine Änderung bei Sanktionen. 	Statt Hartz IV sanktionsfreie Mindestsicherung, kurzfristig Anhebung des Regelsatzes auf 500 € und Abschaffung der Sanktionen 	Anhebung des Regelsatzes auf 420 €; statt Bildungs- und Teilhabepaket Erhöhung des Kinderregelsatzes; Sanktionsmoratorium bis zur Erarbeitung neuer Regeln. 
<b>Zumutbarkeitsregelungen, die Arbeitslose nicht zwingen, untertariflich/ortsüblich zu arbeiten.</b>	Keine Veränderung vorgesehen 	Keine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte. 	Keine Veränderung vorgesehen 	Unzumutbar soll Arbeit sein, die untertariflich bezahlt wird bzw. unterhalb von 10 Euro liegt 	Keine Veränderung vorgesehen 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



**Vielen Dank!**

